



**BRONSKI IST IHR
MANN IN DER
FR-REDAKTION**

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer
Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären
Sie sich einverstanden, dass
Ihr Leserbrief auch online
unter www.frblog.de
veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Dank auch an die Zusteller

Homeoffice: „In eigener Sache“,
FR-Titel vom 23. März

Zwar habe ich Zeitungsmacher, insbesondere natürlich die der FR, schon immer bewundert, aber dass die Redaktion es unter den derzeitigen erschwerten Bedingungen Tag für Tag schafft, 32 weitgehend informative Seiten auf die Beine zu stellen, ist einfach nur großartig, stellt für mich als Angehörigen der Risikogruppe mit eingeschränkter Bewegungsfreiheit schon früh morgens einen absoluten Lichtblick dar und ist in meinen Augen unschätzbare Sozialarbeit ersten Ranges. Bitte geben Sie meinen herzlichen Dank dafür weiter, wenn möglich auch an die Zusteller, ohne deren Einsatz das alles nicht möglich wäre.

Rainer Boos, Frankfurt

Unter erschwerten Bedingungen

Liebe Redakteure der Frankfurter Rundschau, mein Mann und ich lesen seit Jahrzehnten gerne die FR. Wir möchten uns gerne für die gute und informative Berichterstattung bedanken, insbesondere dafür, dass Sie uns jetzt unter erschwerten Bedingungen nach wie vor mit Berichten aus allen Ländern versorgen. Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien alles Gute und vor allem, dass Sie gesund bleiben. Ein besonderer Dank gilt Bascha Mika. Wir haben die Veränderungen der FR unter Ihrer Führung sehr positiv wahrgenommen. Wir bedauern Ihr Ausscheiden und wünschen Ihnen von ganzem Herzen alles Gute für Ihre Zukunft.

Wiltrud und
Reinhard Salinger, Eckenheid

Alle Leserbriefes dieses Leserforums
wurden auch online veröffentlicht:
frblog.de/lf-20200330/

Leben kann nur vorübergehend ohne Begegnungen gelingen

Zu: „Die Pandemie ist gefährlich für die Demokratie“ und „Verfassungswidriger Eingriff in Freiheitsrechte“, FR-Politik vom 26. März

Die seltsamen Blüten der Juristerei

Professorin Edenharter's „klares Nein“ zur Frage, ob die aktuellen Maßnahmen „überhaupt vom Grundgesetz gedeckt“ sind, verwundert sehr, gilt doch das „Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ nach Art. 2, 2 GG auch als wesentliches Freiheitsrecht, ja sogar als „Höchstwert“ im Rahmen des Grundgesetzes, da „das menschliche Leben (...) die vitale Basis der Menschenwürde als (...) oberstem Verfassungswert“ darstellt – laut BVG-Rechtsprechung.

Konkret bedeutet das – mit den kompetenten Worten des ehemaligen Verfassungsgerichtspräsidenten Hans-Jürgen Papier: „Wenn denn so zentrale grundrechtlich geschützte Güter wie Leben oder körperliche Integrität ernsthaft bedroht sind, dann hat der Staat nicht nur das Recht, sondern er hat auch die Pflicht, sich schützend vor diese Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger zu stellen und Freiheitsbeschränkungen vorzunehmen, soweit dies unumgänglich ist“ (lt. BR24). Über den Nachsatz kann/muss man diskutieren, aber Art. 2 II zu ignorieren, das ist wenig überzeugend.

Professorin Edenharter's Stellungnahme bahnt einer zur Zeit grassierenden Fehlinterpretation der Verfassung den Weg, die dem Geist der Verfassung und einem humanen Menschenbild widerspricht und schon seltsame Blüten getrieben hat.

Norbert Pfaff, Kelkheim

Viele Fragen sind offen, viele Aussagen bleiben vage

Wer in dieser schwierigen Situation kritische Fragen stellt, ist nicht automatisch ein Verschwörungstheoretiker. Auch eine gefährliche Pandemie sollte die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht völlig außer Kraft setzen und keine „verfassungswidrigen Eingriffe in Freiheitsrechte“ (so die Rechtswissenschaftlerin Edenharter) ermöglichen. Wissenschaftliche Hypothesen (die ihre Berechtigung haben) werden wie unumstößliche Wahrheiten gehandelt, obwohl die zurzeit extrem „gehypeten“ Virologen oft zugeben müssen, dass ihr Wissen über Sars-CoV-2 noch sehr lückenhaft ist. Viele Fragen sind offen, viele Aussagen bleiben vage, was natürlich überhaupt nicht gegen einzelne Vorsichtsmaßnahmen und Beschränkungen spricht.

Gleichzeitig sehen die Überwachungs- und DigitalisierungsfanatikerInnen die große Chance, endlich ihre Träume von einer „smarten Diktatur“ umzusetzen. Noch war es möglich, die von Spahn geplante Handyortung von Kontaktpersonen zu verhindern, aber selbst die Grünen sind ja inzwischen für eine (noch freiwillige) Überwachungs-App. Ich denke, es sollte klar sein, dass diese Eingriffe in unsere Freiheitsrechte nur kurzfristig erlaubt sind und dass dieser Zustand auf Dauer unsere Demokratie und liberale Gesellschaft zerstören würde. Wir bräuchten mehr denn je eine kritische Opposition, die berech-

tigte Fragen stellt, und kritische Medien, die differenziert berichten. Unser Miteinander könnte sich zunehmend verändern. So wird in vielen Medien permanent über die Segnungen der Digitalisierung und der sogenannten sozialen Netzwerke berichtet, versehen mit der Mahnung, endlich Schule, Universität, Gesundheitswesen und öffentliche Verwaltung ganz schnell und komplett zu digitalisieren. Und zunächst wird der Eindruck vermittelt, zu Hause am Tablet oder Smartphone lernen sei fast genauso gut wie lebendiges Lernen mit anderen in der Schule, eine Video-Therapiestunde sei fast genauso wie „Face-to-face“-Therapie, oder die Kommunikation über digitale Medien könne die gemeinsame Verabredung in einem Café, Konzert oder Museum ersetzen. Viele Menschen scheinen inzwischen den digitalen Ersatz nicht mehr von wirklicher (physischer) Begegnung unterscheiden zu können. Ersatz ist ja durchaus in einer solchen Situation in Ordnung, aber hoffentlich kehren wir nach Corona wieder zu realen physischen Begegnungen zurück.

Meine Hoffnung wäre zumindest, dass viele Menschen spüren, was wirklich fehlt, und dass Freiheit und Demokratie wichtiger sind denn je. „Alles wirkliche Leben ist Begegnung“, hat Martin Buber sehr treffend gesagt und ich würde ergänzen, dass alles wirkliche Leben nur zeitweise, aber nicht auf Dauer ohne physische Begegnung gelingen kann. Hermann Roth, Frankfurt

Solche Thesen sorgen nur für Verunsicherung

Nicht die Pandemie ist gefährlich für die Demokratie, sondern Einschätzungen von Wissenschaftlern wie des Philosophen Reinhard Mehring und der Staatsrechtlerin Andrea Edenharter.

Schon die Behauptung, dass Virologen ohne demokratische Kontrolle Vollmachten zugestanden bekommen, ist inhaltlich ungehörig und nicht zu tolerieren. Der Bundestag bzw. die Landesparlamente sind nach deren Aussage offenbar keine demokratischen Gremien. Die Unterstellung, unsere Regierungen und Parlamente würden, Marionetten gleich, am Gängelband der Wissenschaft hängen, macht deutlich, welchen Stellenwert die Politik in den Augen der genannten Protagonisten hat.

Ich danke jedenfalls den Abgeordneten für ihre hilfreichen Beschlussfassungen zur Corona-Pandemie, die damit die demokratisch legitimierten Regierungen unterstützten und für die Menschen im Lande hilfreich sind. Ohne diese Beschlüsse und das solidarische wie besonnene Verhalten der meisten Menschen in unserem Land wäre das Gesundheitswesen schon kollabiert.

Die Behauptungen, dass der Kampf gegen Corona die liberale politische Kultur beschädigt, ist abwegig und verunsichert die Bürgerinnen und Bürger mehr als die einschränkenden Auflagen für das tägliche Leben. Wer sich wie die Regierungen für das Überleben der Menschen ein-

setzt, ist ein Menschenfreund, und nicht die, die das verhindern wollen.

Ich wäre Professorin Edenharter dankbar, wenn sie ihre Meinung vom Verfassungsgericht überprüfen lassen würde. Dann würde klar, wie unberechtigt ihre vermeintlich wissenschaftliche Einschätzung ist.

Jürgen Schmidt, Frankfurt

Solidaritäts-Gesang nur für die Nächsten

Vielen Dank, Andrea Edenharter, für Ihren wichtigen Aufruf zur Vernunft in der aktuellen Krise. Es ist in der Tat eine Krise, wie rasend schnell die hortende Bevölkerung nach einer Ausgangssperre schreit und die Politik sich von wissenschaftlichen Horrormeldungen treiben lässt. Sicher sind Vorsichtsmaßnahmen geboten – aber wir erleben ein natürliches Umsichgreifen eines Teils der Natur, der sich vermehren will, und dabei den Schwächsten zum Verhängnis werden kann. Das war schon immer so und wird auch immer so bleiben.

Wir sollten natürlich nicht einfach achselzuckend zuschauen, sondern die Schwachen so gut es geht schützen. Aber das geschieht ja gar nicht! Was ist mit den Flüchtlingen auf Lesbos? Da macht die EU die Grenzen noch dichter, und ein christsozialer Innenminister schaut mit verschränkten Armen zu – ebenso wie viele andere in der Groko. Solidarität? Mitmenschlichkeit? Würde? Was ist mit dem deutschen Jebilligerdestobesser-Konsumverhalten, wenn es ans Essen und die Kleidung geht? Was ist mit dem deutschen Müll, der ins Ausland geschickt wird?

Frau Woopen spricht in ihrem Beitrag („Der moralische Kompass der Ethik“, FR-Magazin vom 26. März) davon, dass „der Wert jedes menschlichen Lebens gleich ist“. Das ist er nicht – sonst würde wenigstens die Politik über die Landesgrenzen und die Profitgier hinaus Mitmenschlichkeit zeigen. Davon sind gerade etliche Politiker der C-Parteien am weitesten entfernt.

Bei aller Freude über die ideenreichen neuen Wege in der Arbeitswelt, der gegenseitigen Unterstützung und mitfühlenden Hilfe für Bedürftige in der Nachbarschaft stimme ich nicht ein in den Solidaritäts-Gesang der Bevölkerung, die vor allem den eigenen Allerwertesten im Blick hat und hinter einer Mauer aus Klopapier und Pasta verschanzt – aus dumpfbackigem Egoismus. Sentimentales Geschunkel umfasst stets nur die Nächsten – also diejenigen, die unmittelbar neben dem Schunkelnden sitzen, und nie diejenigen an einem anderen Tisch.

Ich stehe auch nicht hinter der Entscheidung, das ganze Land in eine Gesellschaftshaft zu nehmen, die die Schwächsten in die soziale Verzweigung und den wirtschaftlichen Ruin treibt. Da helfen auch keine Finanzpäckchen. Ich erwarte von der Regierung, dass sie sich nicht von der – wie spitze Zungen sagen „Gesundheitsdiktatur“ – überrumpeln lässt, sondern nach dem ersten Schock einer schon lange erwar-

teten Pandemie besonnen handelt und auch der Würde der Bewegungsfreiheit und der persönlichen Entscheidung zur Vernunft eines – wie ich hoffe – Großteils der Bevölkerung Rechnung trägt.

Ich gehöre übrigens zur „Risikogruppe“ wie ein erheblicher Teil meiner Familie. Mein persönliches Leben ist derzeit wenig beeinträchtigt, denn wir besitzen ein Haus mit Garten, können im Homeoffice arbeiten und um die Ecke in den Wald gehen. Unser Klopapier reicht noch einige Wochen (wie sonst auch), ohne dass ich den Vorrat aufstocken konnte – die Regale sind leer. Und wir haben immer was zu essen im Haus. Uns geht es gut – vielen Millionen anderen in aller Welt nicht. Elke Metke-Dippel, Wetzlar

Selbstverständlich darf die Witwe an die frische Luft

Professorin Edenharter bezieht sich im Interview auf „die bayerische Regelung, wonach man nur mit einer Person aus dem eigenen Haushalt ins Freie darf“. Für die Witwe, die allein in ihrer Wohnung lebt, bedeute „diese Anordnung eine Art Isolationshaft“. Es ist mir unerfindlich, wie Edenharter zu dieser Schlussfolgerung kommt. In der Allgemeinverfügung des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege vom 20.3.2020 heißt es unter Nr. 4, dass das Verlassen der Wohnung nur bei Vorliegen triftiger Gründe erlaubt sei. Unter Nr. 5 Buchst. g) wird als triftiger Grund genannt „Sport und Bewegung an der frischen Luft, allerdings ausschließlich alleine oder mit Angehörigen des eigenen Hausstandes“. Die allein in ihrer Wohnung lebende Witwe darf also ihre Wohnung ohne Zweifel verlassen, um sich an der frischen Luft zu bewegen.

Eckard Schneider, Frankfurt

Zurückhalten mit voreiligen Ratschlägen

Meinem Eindruck nach lebt Professorin Edenharter wohl in einer anderen Welt. Ist es denn in der Jurisprudenz wirklich so, dass man erst Gesetze macht, deren Verabschiedung meist Monate oder gar Jahre dauert, und danach erst auf geeignete Fälle in der Realität wartet?

Wenn nicht einmal Virologen – und das ist wahrlich nachvollziehbar – nicht vorhersehen können, wie sich ein Virus in nächster Zeit entwickeln wird, dann sollten sich alle anderen, die in dieser Materie keine Erfahrung aufweisen können, mit voreiligen Ratschlägen vornehm zurückhalten. Die augenblickliche Situation ist nicht klar überschaubar. Deshalb ist die Reaktion der Bundesregierung sehr nachvollziehbar, und wir können froh sein, dass sich die Bundesländer so zügig auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt haben.

Vielleicht sollte sich Frau Edenharter mal bei Naturwissenschaftlern kundig machen. Dann würde sie Verständnis für die Komplexität dieser Materie erhalten. Günter Wagner, Buchholz

Diskussion: frblog.de/gefahr